

Wie steht es um das europäische Sozialmodell?

Autor(en): **Stohmeier, Rahel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **102 (2005)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840670>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ICSW-Kongress Luzern

Wie steht es um das europäische Sozialmodell?

Im Rahmen der Veranstaltungswoche «Soziale Schweiz – Soziales Europa», die Anfang Juni in Luzern stattgefunden hat, tagte auch der International Council on Social Welfare (ICSW). Ein Workshopbericht.

Angesichts der vergangenen Abstimmungen zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden kann ein Thema kaum aktueller sein: «Integration and Social Cohesion». So lautete der Titel einer der Workshops, der durch den ICSW organisiert wurde. Unter der Leitung von Thea Meinema, Netherlands Institute for Care and Welfare (Utrecht) diskutierten Experten und Expertinnen aus verschiedenen europäischen Ländern an zwei halben Tagen die Herausforderungen und Lösungsansätze gesellschaftlicher Integration im europäischen Kontext.

Modell Wohlfahrtsstaat...

In einem Einführungsreferat zum gegenwärtigen Stand der Diskussion im Europarat definierte John Murray, European Council, Directorate Social Cohesion (Strasbourg), den Begriff des gesellschaftlichen Zusammenhalts folgendermassen: «Social cohesion is the capacity of a society to ensure the welfare of all its members, minimising disparities and avoiding polarisation. A cohesive society is a mutually supportive community of free individuals pursuing these common goals by democratic means.» Die Sozialpolitik des Europarates hat einerseits zum Ziel Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung zu bekämpfen und andererseits die Solidarität zu fördern, um gesellschaftliche Isolierung zu vermindern.

Ein wichtiger Weg zu diesem Ziel stellen laut Murray die sozialen Rechte dar. Der European Code of Social Security, der bisher von insgesamt 20 Mitgliedern des Europarats unterzeichnet worden ist, soll den Bürgerinnen und Bürgern der jeweiligen Staaten das Recht auf soziale Wohlfahrt garantieren. Aufgabe der europäischen Sozialpolitik ist es, dafür zu sorgen, dass Menschen in prekären Lebenslagen Zugang zu ihren sozialen Rechten erhalten und tatsächlich zu den ihnen von Rechts wegen zustehenden Unterstützungsleistungen gelangen.

...versus Partnerschaft mit Betroffenen

Hans Peter Furrer, ATD Fourth World Switzerland (Luzern), stellte diesem rechtlichen Ansatz zur Bekämpfung von Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung einen partizipativen Ansatz gegenüber: «When the most excluded people can contribute their knowledge and experience to society as equals, extreme poverty will be overcome.» (Fehlende) gesellschaftliche Integration wird oft missverstanden und voreilig direkt mit einer Gruppe von benachteiligten Menschen assoziiert, von denen eine einseitige Anpassung und Assimilation an die gesellschaftlichen Bedingungen verlangt wird. Furrer plädiert deshalb für das Modell der Partnerschaften, in welchem die Betroffenen im Zentrum stehen und vermehrt selbst ihre Stimme für ihre Anliegen erheben können. Ziel ist es, die Selbstorganisation von Menschen in prekären Lebenslagen zu unterstützen sowie die kleinen Solidaritäten in der Nachbarschaft im Rahmen einer sozialen Bewegung zu fördern.

Anspruchsvolle Realität

Beide Ansätze bergen Vor- und Nachteile: Gesetzlich festgeschrie-

bene Rechte bewahren zwar vor einer gewissen Willkür, weil nicht mehr nur diejenigen Armen versorgt werden, die als unterstützungswürdig gelten. Das Phänomen der verdeckten Armut zeigt aber, dass die Stigmatisierung durch Armut noch immer weit verbreitet ist und Sozialrechte alleine – wie von Murray zuvor auch bemerkt – kein ausreichendes Mittel für die Armutsbekämpfung darstellen. Auf der anderen Seite stellt die Selbstorganisation hohe Ansprüche an die Betroffenen und droht deshalb, auch wieder selektionierend zu wirken: Verfügen wirklich alle Menschen in prekären Lebenslagen über genügend Ressourcen, um sich politisch zu organisieren und ihre Stimme zu erheben? Der partizipative Ansatz könnte auf einfache Weise von neoliberaler Seite als willkommenes Argument für mehr Eigenverantwortung missbraucht werden. Geplante und begleitete Selbstorganisation armutsbetroffener Menschen ist nur da wirksam, wo bestimmte staatliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen erfüllt sind. Die Diskussion im Workshop hat gezeigt, dass es in vielen europäischen Ländern um die Erfüllung dieser Rahmenbedingungen nicht zum Besten bestellt ist. Eine seriöse Grundlagenarbeit sowie die Konkretisierung des europäischen Sozialmodells ist aber dringender denn je – wie die jüngsten Abstimmungen zur europäischen Verfassung bereits zum Ausdruck gebracht haben.

Rahel Strohmeier

Wissenschaftliche Mitarbeiterin
bei Caritas Schweiz

Infos zum Kongress: www.icsw.socialswitzerland-socialeurope.org